

Hintergrundinformationen

Bei öffentlichen Diskussionen lässt sich erkennen, wie informierte Medienvertreter die Krise und das mit ihr verknüpfte Kürzungspaket der schwarz-gelben Regierung auf Kosten der Bevölkerung herunterspielen. So hat ein Wirtschaftsjournalist des Hessischen Rundfunks auf einer Diskussionsveranstaltung am 7.9. in Frankfurt die These vertreten, dass 1.) die Banken bis jetzt trotz des gewaltigen Rettungsschirms von mehreren hundert Milliarden vergleichsweise wenig Geld – etwa 8 Mrd. erhalten und in den Sand gesetzt hätten, dass 2.) die BRD ein Sozialstaat sei, der die Krise durch Kurzarbeit und ein Konjunkturprogramm stark abgemildert hätte und dass 3.) die Staatsschulden sehr langfristig und nicht erst durch die Finanzkrise entstanden seien, im Wesentlichen durch die hohen Sozialausgaben.

Die erste These ist grotesk verharmlosend. Die Bezugsgröße 8 Mrd. bezieht sich auf die IKB-Bank. Sie existiert nicht mehr nach Begleichung ihrer Schulden. Die noch nicht entschiedenen und schwebenden Kreditrisiken werden verschwiegen. „Die Finanzaufsicht schätzte am 26. Februar 2009 das Volumen der ausfallgefährdeten und nicht bewertbaren Problemkredite bei den Landesbanken auf 355 Mrd. Euro, das Volumen der Kreditrisiken der 17 wichtigsten deutschen Banken auf mehr als 816 Mrd. Euro.“ (Leo Müller, „Bank Räuber“, Berlin 2010, S. 101). Um die Insolvenz der Hypo Real Estate (verstaatlichte deutsche Privatbank) zu verhindern hat die Bundesregierung - wie fast immer bei ihren Bankaktionen - am Parlament vorbei ihre Garantiezusagen für die Bank um 40 Mrd. erhöht auf jetzt insgesamt 142 Mrd.. Mit dieser Summe werden in erster Linie die Gläubiger der Pleitebank abgesichert. Es gibt eine ganze Reihe von indirekten Hinweisen, dass die DB zu den größten Kreditgebern zählt. Die Bundesregierung weigert sich aber die genaueren Zusammenhänge, also die Gläubiger, offenzulegen. (Rainer Roth, Sie kriegen den Karren nicht flott, Frankfurt 2009, S. 89-92)

Die zweite These verschweigt, dass der reichste Staat der OECD den größten Niedriglohnsektor von über 30 Prozent geschaffen hat, im Gegensatz zu fast anderen europäischen Staaten keine Mindestlöhne kennt und europaweit zu den Staaten mit den (relativ zum Bruttosozialprodukt) geringsten Bildungsausgaben gehört. (Verschiedene Berichte der FR.)

Bei der dritten These trifft zwar zu, dass die Staatsschulden nicht nur durch die Bankenkrise angestiegen sind. Dabei wird aber vollständig die Umstrukturierung der Einnahmeseite zugunsten der ökonomisch und politisch Mächtigen übersehen. So wurden die gewinnbezogenen Steuern bezogen auf das Gesamtsteueraufkommen im Zeitraum von 1960 bis 1995 von 35 Prozent auf etwa 12 Prozent gesenkt, die Lohnsteuern im Hinblick auf die gleiche Bezugsgröße von 13 Prozent auf 34 Prozent erhöht (Norbert Reuter, Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität, Marburg 1998, S.49). Die rot-grüne und die jetzige Regierung haben diesen Trend noch einmal stark verschärft, z.B. durch Erlass der Veräußerungsgewinne beim Verkauf von Unterfirmen von Konzernkonglomeraten in Höhe von über 50 Mrd. Euro (Albrecht Müller, Machtwahn, München 2006) Als Berater für diesen Steuernachlass war übrigens Caio Weser tätig, damals Staatssekretär unter Finanzminister Eichel heute im Aufsichtsrat der Deutschen Bank.

Zum gesamtgesellschaftlich zentralen Aspekt des Verhältnisses von Großbanken, Staat und Bevölkerung, wie er durch die Finanzkrise noch einmal entscheidend verstärkt worden ist: „Seit dem Jahr 2000 haben in Deutschland Einkommensungleichheit und Armut stärker zugenommen als in jedem anderen OECD-Land. Dies geht aus dem Armutsbericht hervor, den die durchaus wirtschaftsfreundliche OECD im Oktober 2008 vorgelegt hat. Demnach übertraf der Anstieg der Armut in Deutschland zwischen 2000 und 2005 jenen in den gesamten vorherigen 15 Jahren (1985 bis 2000).“ (W.Lieb, A.Müller, Nachdenkseiten 2008/9, Kirchsahr 2008, S. 34)

Die gewaltige Anhäufung von Reichtum auf der einen Seite hat sowohl national als auch international die Vertiefung der sozialen Spaltung, der Armut und des Elends auf der anderen zur Voraussetzung. In fast allen westlichen Staaten nimmt die Armut zu. Auf internationaler Ebene sind die gleichen Staaten durch unfaire Handelsabkommen, Klimawandel und die Spekulation mit Nahrungsmitteln und Land verantwortlich für die Ausbreitung des Hungers von Millionen Menschen (FR v. 15.9.10, S. 17: Jeder dritte Afrikaner hungert).